

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 4.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6176.

Hannover,
Sonnabend, 24. Februar 1900.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

9. Jahrg.

Jean Wilhelm

unser Verbandskassierer, ist Montag, den 12. Februar, Morgens früh an Lungenlähmung gestorben. Plötzlich, unerwartet ist uns ein pflichttreuer Beamter, ein wackerer Mitstreiter und treuer Berater entrissen worden, der seiner schweren Pflicht unter Aufwand aller Kräfte nachkam, bis der Körper versagte. Acht Tage vor seinem Tode wurde unser Kollege Nachts von einem Unwohlsein befallen, das sich durch Athemnoth und brennenden Durst bemerkbar machte. Da unser Freund seit Jahren an Asthma litt, so unterließ er es, sofort einen Arzt zu Rathe zu ziehen. Erst am übernächsten Tage unterzog er sich einer ärztlichen Untersuchung; aber auch das ärztliche Gutachten veranlaßte ihn nicht, sich sofort zu Bett zu legen. „Wenn die Zeitung aus dem Hause ist, will ich einige Tage im Hause bleiben“, so sagte er und arbeitete — es war am Donnerstag — noch bis Abends 6^{1/2} Uhr.

Am Freitag blieb unser Kollege zu Hause; seine Leiden, Husten und Athemnoth, traten immer heftiger auf; des Nachts hatte er leichte Fieberanfälle. In diesen und in den Träumen beschäftigte sich sein Geist mit der Arbeit, mit der Abrechnung; die Zahlen schwirrten ihm im Kopf herum. „Ich habe keine Ruhe, ich arbeite und rechne die ganze Nacht, das bringt mich ganz herunter“, so sagte er, als ich ihn am Sonntag Mittag besuchte. Hier gab er, auf dem Sopha liegend, schon fast unfähig zu sprechen, noch Anordnungen bezüglich des dem Verbands gehörigen Geldes. Als ich weg ging, ahnte ich nicht, daß ich dem Mitarbeiter zum letzten Male die Hand gedrückt und zum letzten Male lebend gesehen hätte. In der folgenden Nacht erlosch der Lebensfunke. Einjam ist unser Freund gestorben; nur als Leiche sollten wir ihn wiedersehen.

Kollege Wilhelm stand im 62. Lebensjahre; geboren am 22. September 1838 zu Ecklerbach bei Gehlhäusen, als Proletariersohn, hat er das Leben in all seiner Bitterkeit durchgekostet. Als Bäckergehilfe ging er in die Fremde und kam nach Hannover, um da nach einander als Gummiarbeiter und als Webereiarbeiter den Kampf ums Dasein zu führen. So hatte er den Leidenskelch als Proletarier durchzukosten; Entbehrung und Noth waren ihm nicht erspart. Nicht immer führt die Noth zu Verzweiflung und Gedankenträgheit; bei unserem Freunde führte sie zum Denken, zum Nachdenken über die Klassenlage, zum Nachdenken über die Mittel und Wege, die die Arbeiter aus wirtschaftlicher Noth, aus sozialer Knechtschaft befreien können. So finden wir Kollegen Wilhelm schon frühe als eifrigen Anhänger der Lehren Ferdinand Lassalle's. Als es nur Haß und Verachtung eintrug, sich zum Sozialismus zu bekennen, als die Bekenner zum Sozialismus im großen deutschen Vaterlande nur ein kleines Häuflein ausmachten und die Zahl der Jünger in den einzelnen Städten nur verschwindend klein war, da bekannte sich J. Wilhelm offen und frei zur Sozialdemokratie Lassalle'scher Richtung. Nach Kräften hat er gestrebt und gewirkt, der Partei, von der er die materielle und geistige Befreiung der Menschheit erhoffte, Anhänger zu verschaffen. So hat er gewirkt als Lassalleaner; treu ist er geblieben, als Lassalleaner und Eisenacher sich einten. Treu blieb er auch, als für eine Reihe von Jahren bessere Tage für ihn insofern eintreten, als er den Versuch machen konnte, sich in seinem erlernten Berufe selbstständig zu machen. Doch das Glück blieb ihm nicht hold. Auch ein anderes Unternehmen schlug fehl, und Kollege Wilhelm war wieder darauf angewiesen, gleich dem Proletarier um das tägliche Brot zu kämpfen.

So brach das Jahr 1890 an. In Hannover und einer Reihe anderer Städte hatten sich die ungelerten Fabrikarbeiter in Lokalorganisationen zusammengeschlossen, darunter auch Wilhelm. Als die Lokalorganisationen sich über die Abhaltung eines Kongresses verständigt hatten, und dieser am 29. Juni 1890 in Hannover zusammentrat, war auch Wilhelm unter den Delegirten; seine hannoverschen Vereinskollegen hatten ihn mit dem Mandate beauftragt. Eifrig trat er für die Errichtung eines Zentralverbandes, unserer jetzigen Organisation, ein. In deren Dienst war er seit der Gründung, hat dem an Verantwortung reichen Posten als Kassierer nahezu 10 Jahre vorgestanden. Am 1. August 1890 ist Kollege Wilhelm Mitglied des Verbandes geworden. Mitten aus schwerer Arbeit ist

er nun abgerufen worden, sein arbeitsvolles Leben ist nun beendet; fleißig und treu, so lautet die Bilanz, die Unterzeichneter als sein jahrzehntelanger Mitarbeiter zu ziehen hat.

Donnerstag, den 15. Februar, Vorm. 1/10 Uhr, wurde Kollege Wilhelm beerdigt. Nahezu 300 Personen bildeten das Trauergefolge. Zahlreich waren die Kranzspenden, die als letztes Zeichen der Achtung dem Verstorbenen gewidmet wurden. Der sozialdemokratische Wahlverein, die Liedertafel Waldesgrün, die Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbegerichtes, die Zahlstellen Bergedorf, Linden, Hannover, Hannover N.-D. und der Vorstand hatten Kranzspenden gewidmet. Die Zahlstellen Wandsbek, Ottensen, Altona und sämtliche Zahlstellen Hamburgs ließen einen prachtvollen Kranz am Grabe niederlegen. Die Kranzträger legten ihre Spenden mit kurzen Widmungen nieder. Die Sänger sangen „Dort unten ist Frieden im dunklen Haus“ und „Ein Sohn des Volkes“. Darauf schloß die Trauerfeier.

Ein altes Wort sagt: „Im Großen ist es groß, gewollt zu haben“! — Jean Wilhelm hat das Große, das Beste gewollt, und das sichert ihm ein ehrendes Andenken. A. B.

Fabrik-Wohnungen.

II.

Im Jahre 1898 wurden seitens der Regierung in allen Bundesstaaten Erhebungen über die Arbeiterwohnungen durch die Gewerbe- und Bergämter angeordnet, die sich zugleich auch über die durch Gemeinden, Stiftungen, Wohlfahrtsvereine und Baugenossenschaften erbauten Arbeiterhäuser erstrecken sollten. Die Ergebnisse dieser Erhebung scheinen indes für rein informativische Zwecke der Regierung bestimmt gewesen zu sein, denn die vor kurzem erschienenen „Amtlichen Mittheilungen“ aus den Jahresberichten der Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten für 1898 enthalten weder über die Erhebung selbst, noch über deren Zweck und Resultate ein Sterbenswörtchen. Auch das in den Einzelberichten enthaltene Material ist sehr lückenhaft. Immerhin haben sich einzelne Berichterstatter der Frage recht eingehend und auch einige recht kritisch der Frage angenommen, sodas es sich wohl lohnt, einige Blicke darauf zu werfen.

Was zunächst das Zahlenmaterial anbelangt, so enthält es Lücken in verschiedener Hinsicht. Manche Berichte gehen ohne nähere Angaben über die Erhebung hinweg, andere theilen nur die Zahl der Fabrikwohnungen und vielleicht auch der darin wohnenden Personen mit, ohne über das Verhältnis der in Fabrikwohnungen untergebrachten Arbeiter zu der Gesamtarbeiterzahl des betr. Wertes und Berufes nachzuforschen. Noch spärlicher sind die Angaben über Größe, Mietpreis und Gesundheitsverhältnisse der Wohnungen. Die wenigen Unternehmer, die als Besitzer solcher Wohnungen angegeben werden, bestätigen das Vorausgesagte, daß es in der Regel Großindustrielle sind, die durch besondere Verhältnisse veranlaßt, Arbeiterwohnungen errichten ließen. Im Nachstehenden seien die Zahlen der in Unternehmerbesitz befindlichen Arbeiterwohnungen und der in ihnen wohnenden Personen (Arbeiter nebst Angehörige) wiedergegeben:

Gewerbe-Inspektions-Bezirk:	Unternehmer	Wohnungen	Von Personen bew.	Davon miethfreie Wohnungen
Westpreußen	52	600	4 321	311
Potsdam	30	1 403	5 743	393
Posen	?	253	793	—
Regenitz	?	1 168	4 128	239
Sildesheim-Büneburg	124	1 385	6 546	—
Münster	?	1 706	10 000	?
Minden	?	800	4 000	—
Hunsberg	?	7 880	48 414	906
Wiesbaden	?	1 341	6 637	388
Soblenz	58	568	3 275	97
Düsseldorf	195	12 051	65 592	1 798
Sdin	48	1 196	5 652	—
Trier	86	2 238	10 255	277
Naagen	?	799	4 321	—
Ober-Sachsen	?	1 021	4 366	388
Nieder-Sachsen	195	994	4 589	706
Palz	140	2 243	10 941	—
Ober-Pfalz	?	2 344	10 747	709
Unterpfalz	43	360	1 071	—
Schwaben	51	1 808	7 970	—
Württemberg II	17	429	?	—
Unter-Elfaß	74	1 069	4 296	—
Ober-Elfaß	53	1 965	8 525	—
Lothringen	61	2 088	?	—

Berg-Inspektions-Bezirk:	Unternehmer	Wohnungen	Von Personen bew.	Davon miethfreie Wohnungen
Süd-Deußen	?	2 000	?	?
Frankfurt a. D.	?	198	452	28
St-Gottibus	?	312	1 452	124
West-Gottibus	?	1 242	6 010	?
West-Galle a. S.	2	12	?	?
Mansfeld	?	650	4 550	?
Goslar	?	221	946	—
Rassel	12	78	369	28
Süd-Dortmund	?	1 196	6 918	?
Dattingen	?	137	?	—
Süd-Bochum	9	704	4 115	?
Nord-Bochum	?	831	?	?
Herne	?	510	?	?
Gelsenkirchen	?	2 044	12 301	155
Wattenscheid	7	394	?	—
St-Essen	?	1 746	8 110	—
Deuß-Münberoth	?	50	?	—
Brühl-Untel	12	119	453	29
Wachen	?	644	4 098	—
München	?	756	3 361	—
Bayreuth	9	55	208	—
Zweibrücken	5	42	201	—

Für Baden ist die Zahl der vorhandenen Wohnungen nicht angegeben; es wurden 1896 = 223, 1897 = 203, 1898 = 316 Arbeiter-Wohnungen zur Ausführung genehmigt.

In 24 von 78 Aufsichtsbezirken wurden sonach 40 108, in 22 von 96 Bergbezirken 13 881 Werkswohnungen gezählt, immerhin ganz beträchtliche Zahlen, aus denen ersichtlich ist, welchen bedeutenden Umfang dieses Abhängigkeitssystem in manchen Bezirken bereits erreicht hat. Dabei ist einzuschalten, daß in diesen Zahlen nicht diejenigen der Schlafstätten in Fabriken, Mühlen, Ziegeleien, Brauereien zc., die Unterkunftslokalen für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, der Baracken für Saison- und Wanderarbeiter eingerechnet sind. Auch in diesen wohnen wiederum Tausende von Arbeitern in sklavischer Abhängigkeit. Obige Zahlen betreffen nur die Familienwohnungen. Wären sie nur einigermaßen vollständig und übersichtlich angegeben, welchen Einblick würden sie in die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterklasse eröffnen, welches unschätzbare Material für künftige Wohnungsreformen liefern. So wird uns die relative Bedeutung dieser Zahlen nur aus gelegentlichen Erläuterungen klar, so z. B. wenn von den 61 lothringischen Betrieben nahezu 10 Proz., von den 76 in der Bezirk Ost-Essen gar 20,4 Proz., und in 19 württembergischen Orten gar 40 Proz. der Arbeiter der betr. Betriebe in Werkswohnungen untergebracht sind. Da wird man erst der Macht der Unternehmer über ihre Arbeiter inne; man erkennt den Grund, der letztere abhält, sich den Bestrebungen ihrer Klassenengenossen anzuschließen.

Wie das Kost- und Logisleben im Kleinergewerbe, so wirkt das Kasernierungs- und Fabrikwohnungssystem in der Großindustrie als reaktionärer Hemmschuh gegen die Koalitions- und Lohnkampfbestrebungen der Arbeiter. Es bringt den Arbeiter in doppelte Abhängigkeit vom Arbeitgeber, setzt ihn für den Fall des Stellenwechsels oder des Streikens sofortiger Obdachlosigkeit aus und zwingt ihn dadurch, um letztere zu vermeiden, dem Unternehmer stets zu Willen zu sein. Wo der Arbeiter aber durch Beihilfe des Unternehmers in den Besitz eines eigenen Häuschens gelangt, da sorgt das Interesse für die Erhaltung dieses Besitzes, wie auch die Schuldabhängigkeit dafür, daß der Arbeiter ein gefügiges Werkzeug seines Arbeitgebers und Oubligers bleibt.

Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterfamilien befinden sich in solcher doppelten sklavischen Knechtschaft; sie geben um weniger, z. Th. auch nur eingebildeter Vorteile willen ihre persönliche Freiheit, die Freiheit ihres Handelns und Kampfens preis; sie sind, wenigstens in Friedenszeiten, für die Organisation zumeist verloren. Erst wenn die Wogen des Kampfes hoch gehen, dann schließen auch sie sich an der Regel den Kollegen an, um an den Früchten des Sieges theilzunehmen. Eben wegen dieser deprimierenden und korruptirenden Wirkungen hat die klassenbewußte Arbeitererschaft das System der Fabrikwohnungen stets bekämpft und wird es auch in Zukunft bekämpfen. Sie kann daher die Bestrebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Arbeitgeber zum Bau zahlreicher Arbeiterwohnungen anzuhalten, nicht unterstützen, sondern kann nur jeden Arbeiter, dem sein bisherige persönliche Freiheit lieb ist, warnen, sich selbst in dieses Doppeljoch einzuschmieden.

Nun muß freilich zugegeben werden, daß viele Fabrikwohnungen einer gewissen Zwangslage für Unternehmer, Arbeiter und Behörden ihre Entstehung verdanken. Eine unvorhergesehene Erweiterung der Arbeiterzahl steigert das Wohnungsbedürfnis; die vor-

handenen Wohnungen reichen nicht aus und die Gemeinde ist arm oder hat ihr Bauland veräußert, während der Fabrikant über geeignetes Areal in nächster Nähe verfügt. Oder die Gemeinde, von den Hausbesitzern beherrscht, lehnt das Bauen von Arbeiterwohnungen ab, ungeachtet der Missetände in den Wohnungsverhältnissen der arbeitenden Klassen, indem sie die Meinung vorschützt: Derjenige, der die Arbeiter heranzieht, möge auch für deren Unterkunft sorgen. Endlich ist der Industrielle meist auch der Kapitalist, vielfach sogar der Einzige der ganzen Gemeinde, von dem am ehesten eine rasch durchgreifende Wohnungsreform erwartet werden kann. Sodann ist auch das Wohnungsbedürfnis mit der Existenz des industriellen Unternehmers verknüpft; eine Krise, ein Stillstand oder eine Verlegung der Fabrik würde der Gemeinde, die sich in umfangreichen Arbeiterwohnungsbauten in eigener Regie engagiert, schwer schädigen, weshalb sie wenig Neigung haben wird, dem Großindustriellen dieses Risiko abzunehmen. Und ehe sich in kleinen Orten eine private Spekulation der Herstellung von Arbeiterwohnungen bemächtigt, können mitunter Jahre vergehen, und was dann zur Steuerung der Wohnungsnot geschieht, ist manchmal alles Andere, nur keine Reform: Miethskafenern in rohester, leichtester Ausführung und primitivster Einrichtung — nach dem bekannten Grundsatz, daß für Arbeiter Alles gut genug sei — und mit unerschwinglichen Miethspreisen, um das Anlagekapital in wenigen Jahren herausgewirtschaftet zu haben.

Solche Erfahrungen, die die gewöhnlichsten Begleiterscheinungen aller Wohnungsnot in rasch aufblühenden Industriorten sind, lassen es verständlich erscheinen, wenn die Gewerbaufsichtsbehörden die Unternehmer selbst zum Bau kleiner und billiger Arbeiterhäuser anzuregen suchen. Sie glauben, damit vor Allem der Arbeiterschaft selbst zu nützen, ihr bequeme, gesunde und billige Wohnungen zu verschaffen. Daß dies auf Kosten des letzter Restes von Unabhängigkeit und bürgerlicher Gleichberechtigung der Arbeiter geschieht, daß die Fabrikwohnung den Arbeiter völlig in die Hände des Unternehmers giebt, wie sollte ein Aufsichtsbeamter soweit auch nur denken? Nach seiner Meinung ist die Wohnung eine Wohlfahrteinrichtung, für die der Arbeiter dem Arbeitgeber nur dankbar sein könne. Ein Aufsichtsbeamter kommt wohl kaum in die Lage, das bittere Gefühl Desjenigen, der Wohlthaten empfängt, kennen zu lernen. Wer sich noch einen Rest von Menschenwürde und Unabhängigkeit bewahrt hat, verschmäht es, in der Rolle als Untergebener Wohlthaten zu empfangen und sich gar derselben würdig zu erweisen. Und noch ungeheuerlicher muß es ihm sein, seine Wohnung, sein Heim der Wohlthat eines Herrn verdanken zu müssen, ein Sklave in seinen vier Pfählen zu sein. Wer noch nicht völlig verlernt hat, im Arbeiter den gleichberechtigten Bürger und Mitarbeiter der Industrie zu erblicken, der würde den Bau von Fabrikwohnungen nur als den allerletzten Ausweg, der Wohnungsnot zu steuern, empfehlen. Die meisten unserer Gewerbeinspektoren haben jedoch für solche Erwägungen augenscheinlich kein Verständnis, da sie über das Eingreifen der Unternehmer in die Arbeiterwohnungsfrage rühmend, ja, mit einer gewissen Genugthuung, als handle es sich um den Gipfel sozialer Pflichterfüllung, berichten.

Und doch giebt es noch andere Wege, der Wohnungsnot in kleinen und größeren Industriorten abzuwehren und trotzdem die Unternehmer zu den Kosten der Wohnungsreform heranzuziehen. In erster Linie wäre dabei das Augenmerk auf die Gemeinden zu richten, die bestrebt sein müßten, ausreichendes Areal in ihren Besitz zu bringen bezw. zu erhalten und die Errichtung und Vermietung von Wohnungen in eigene Regie zu nehmen. Die Personal beschäftigenden Unternehmer wären durch entsprechende Gewerbebestimmungen zu einem fortlaufenden Beiträge zu dieser ihren Interessen dienenden Reform zu verpflichten. Freilich werden solche Reformen innerhalb der gegenwärtigen Gemeindevvertretungen, die fast völlig oder mindestens der Mehrzahl nach aus Angehörigen der besitzenden Klassen und deren Sachverwaltern bestehen, wenig Glück haben. Das Haus- und Grundbesitzerelement und das Unternehmertum bereitet solchen Plänen in der Regel Schwierigkeiten, die Ökonomen, weil ihnen die Wohnungsnot hohe Pfunde in den Schatz wirft, die Legisten, weil ihnen eine von wirklich sozialer Gesichtspunkten geleitete Wohnungsreform in ihrer Berufsinteressen liegt.

Soziale Mundschau.

— Eine amtliche Lohnstatistik, so wird in dem Leitartikel des preussischen Finanzministers ausgeführt, giebt es im Reichsland nicht, sie ist aber auch gar nicht nötig.

Man kann ohne sie recht gut feststellen, daß die Arbeitelöhne sich in den letzten Jahren stetig gesteigert haben. Darüber geben nicht nur die Erhebungen privater wirtschaftlicher Vereinigungen für die betreffenden einzelnen Gewerbezweige Auskunft, auch aus amtlichen Statistiken lassen sich Schlüsse allgemeiner Natur nach dieser Richtung ziehen. So belehren uns über diese Verhältnisse die jährlichen Rechnungs-ergebnisse der Betriebsvereinigungen für die der Unfallversicherung unterliegenden Gewerkegruppen. Die in diesen enthaltenen Lohnnachweisbeträge lassen zwar die mittlere Gehaltszahl nicht her, da sie aber in jedem Jahre nach denselben Grundregeln

berechnet werden, so geben sie eine durchaus zutreffende Unterlage für einen Vergleich der Lohnsteigerungen von Jahr zu Jahr. Einen ähnlichen Maßstab für eine zutreffende Schätzung der auf dem Gebiete sich abspielenden Vorgänge liefern die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten, da in ihnen die durchschnittliche Höhe des nach dem Verdienst der Versicherten berechneten und gezahlten Wochenbeitrages Jahr für Jahr festgestellt wird. Hier zeigt sich ganz deutlich die stetige Steigerung der Lohnsätze. Im ersten Jahre der Geltung der Invalidenversicherung, im Jahre 1891, belief sich diese durchschnittliche Höhe auf 20,81 Pfennige, sie stieg 1892 auf 20,86, 1893 auf 20,97, 1894 auf 20,99, 1895 auf 21,04, 1896 auf 21,17, 1897 auf 21,33 und 1898 auf 21,55 Pfennige. Man erzieht hieraus, daß die Steigerung Jahr für Jahr angehalten hat. Es ist demnach ganz zweifellos, daß das Einkommen der deutschen Arbeiterschaft sich im letzten Jahrzehnt stetig erhöht hat, und die kommenden Zahlen werden den Beweis erbringen, daß diese Lohnbewegung immer noch andauert.

Wir erlauben uns diesen offiziellen Schönfärbereien gegenüber, die mit einer geringfügigen Lohnsteigerung von vierundsechzig Pfennigen nach neun Jahren zu imponieren suchen, zwei Fragen: In welchem Maßstabe sind in demselben Zeitraum die Preise für Lebensmittel und die Wohnungsmieten gestiegen? Um wie viel sind andererseits die Dividenden der großindustriellen Unternehmungen, sowie die Löhnen der Direktoren und Verwaltungsräte emporgeschwungen?

Vom sozialen Kampfplage.

— Zugug nach Blankenburg a. Harz ist ferngehalten. Die Bau-, Steinbruch- und Erdarbeiter haben bei den Unternehmern Lohnforderungen eingereicht.

— In Marzhanstadt streiken die Kürschner. Dadurch sind auch eine Anzahl unserer Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen. Bei Ausbruch des Streiks waren 9 Mitglieder beteiligt, die nach dem Streikreglement berechtigt waren, Unterstützung zu beziehen. Die Zahl der Beteiligten beträgt jetzt 55; davon dürften sich mindestens 30 erst während des Streiks angegeschlossen haben.

— In Düsseldorf sind seit dem 20. Januar die Klempner, Planirer, Drücker, Maler und Brenner der Firma Wortmann u. Ebers (80 Mann) ausständig. Sie stellen folgende Forderungen: Einstellung der am Ausstände beteiligten Arbeiter ohne Ausnahme; Anerkennung der Organisation durch die Firma; Wiedereinführung des alten Affordtarifs bei den Planirern; Einführung der Strafbestimmungen betreffs des Zuspätkommens, wie sie vor dem 6. Nov. 1899 bestanden haben; Mitbestimmungsrecht des Arbeiterschusses über Verwendung der Strafgeelder.

Vom der Agitation.

Im Monat Januar hielt Kollegin Zieh eine Reihe von öffentlichen Versammlungen in unserer pommerschen Verbandsorte ab. Die Versammlung in Barth war sehr gut besucht und brachte einen Mitgliederzuwachs von 12 Personen. In Wolgast war der Besuch befriedigend, auch einige Mitglieder wurden neu gewonnen.

In Pommernsdorf war, trotzdem die Kollegen nur einen Tag zur Besannung hatten und diese deshalb nur eine mündliche sei konnte, die Versammlung sehr gut besucht, auch von Frauen. An den Vortrag schloß sich eine lebhafteste Debatte und gelang es, während dieser Zeit 14 neue Mitglieder anzunehmen.

In Köslin, wo just vor einem Jahre der Grundstein zu der bestehenden Zählstelle gelegt ward, war eine überaus ausdauernde Versammlung, trotzdem auch hier nur mündlich zu derselben eingeladen war. Nicht gedrängt, Kopf an Kopf standen die Menschen in dem geräumigen Saale, den Vorsitz amtern, auf der Bühne hinter dem Bureauische und sogar hinter den Fenstern im Garten. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen der Referentin über das Thema: Das zur Hälfte gehende Jahrhundert und die Arbeiterbewegung. Zur Diskussion sprach der Vorsitzende Hemming, die Anwesenden ermahnen, auch fernherhin für den Verband so weiterzukämpfen wie bisher. Ausgenommen wurden hier allerdings nur 15 Personen in den Verband; ein großer Teil der Anwesenden waren Mitglieder und dann ist die Arbeitslosigkeit zur Zeit eine sehr große, weshalb Mancher seinen Eintritt versprach, aber erst in nächster Zeit ausführen kann. Die Zählstelle Köslin ist schnell gewachsen, ist doch bereits die Hälfte des vieren Hunderts überschritten.

In Kolberg war ebenfalls eine glänzend besuchte Versammlung. Auch hier standen in dem geräumigen Saale die Besucher Kopf an Kopf. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, wobei besonders Bezug genommen ward auf die örtlichen Verhältnisse. Vom Bevollmächtigten ist ein von der Mitgliedschaft ausgearbeiteter Lohntarif den Arbeitgebern unterbreitet, worin Verkürzung der Arbeitszeit, ein kleiner Lohnzuschlag und Bezahlung der Ueberstunden gefordert wird. Bis zum 20. Februar erwartet man Antwort. Es ist zu hoffen, daß die Forderungen auf gütlichem Wege ihre Erfüllung finden. Auch hier hat sich seit dem letzten Jahre die Zählstelle bedeutend gehoben, von 35 auf fast 300. Einige 30 Mitglieder wurden durch diese Versammlung wiederum gewonnen. In zwei weiteren Orten in der Nähe Kolbergs, wo wir Zählstellen zu gründen hofften, war leider kein Versammlungsort zu erhalten.

In einer fast besetzten Volksversammlung in Danzig wurden auch einige Mitglieder dem Verbände angeführt. Es wäre nichts fehnlicher zu wünschen, als daß in dem industriell so hoch entwickelten Danzig die Arbeiterbewegung in ein schnelleres Tempo läme, umso mehr da hier die Verhältnisse so überaus traurige sind. Aber einerseits fehlen die Kräfte, Alles laßt auf einer Handvoll Personen und dann mangelt es außerordentlich an Lokalen. Für das große Danzig ist ein einziges brauchbares Lokal für Versammlungen und noch dazu im vortheiligen Schicksal.

In Dilsit, wo wir früher schon mal eine Zählstelle hatten, die leider aus recht unerquicklichen Gründen wieder auseinandergegangen, gelang es ebenfalls wieder, neue Anknüpfungspunkte zu schaffen. Offenbar wird das Unterjahren diesmal mit mehr Erfolg gekrönt sein. Dasselbe Resultat ward in Gising erzielt. Sollte es gelingen, in letzterem Orte die geeigneten Personen zur Leitung zu finden, so müßte hier in

Wälde eine glänzende Zählstelle sein. Arbeiten doch alle auf den Schatz der Werke viele Tausend Personen. Hoffen wir das Beste für die Zukunft.

Korrespondenzen.

Altona. Unsere Mitgliederversammlung fand am 30. Jan. bei Volkers, Friedrichsbadstr. 9, statt. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen Friemann, Schüller und Strahlenborn und als Revisoren die Kollegen Kriemhild, Genrich und Frau Lehmann vorgeschlagen. Unter Punkt 2 der Tagesordnung, „Innere Verbandsangelegenheiten“, wurde vom Kollegen H. angefragt, ob die Befolgung der Bevollmächtigten so weiter bestehn. Auf Antrag des Kollegen F. wurde beschloffen, die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Nachdem noch der Tag für die Versammlung festgesetzt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Altona-Ottensen. Am 16. Januar wurde eine Versammlung der Zählstelle abgehalten, die eine Zweitheilung der Zählstelle zu verhandeln. In der Begründung des betreffenden Antrages wurde angeführt, daß heute das Agitationsgebiet zu groß sei und bei einer Zermung eine bessere Agitation ermöglicht werden könne. Der Antrag wurde schließlich mit großer Stimmenmehrheit angenommen und damit die Zählstelle Altona-Ottensen aufgelöst. Die vorausgegangene Abrechnung hatte eine Einnahme von 441,20 M. ergeben. Der Lokalfonds hat nach Abzug der Ausgaben einen Bestand von 140,19 M. — In einer sich anschließenden öffentlichen Versammlung hielt Genosse Lauffötter einen Vortrag über: „Nationalökonomie“. Unter Punkt 2 wurde die Gründung einer Zählstelle für Altona beschlossen und ein provisorischer Vorstand gewählt.

Wien. In der am 23. Januar abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Simon-Graf über: „Die wirtschaftliche Lage der Fabrik- und Hilfsarbeiter und welchen Nutzen gewährt die Organisation“. In fesselnder Weise verstand es Redner, die Aufmerksamkeit auf die Lage der in den chemischen Fabriken arbeitenden Kollegen zu lenken. In scharfen Worten kritisierte er das Verhalten der Direktion der hiesigen Schlauchfabrik (Ränge und Pöhlner), welche, um die wieder ins Leben getretene Organisation mit aller Gewalt zu unterdrücken, 5 Arbeiter ohne einen weiteren Grund als der Zugehörigkeit zur Organisation sofort entlassen hatte. In der Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 23. Januar d. J., im Schwarzburger Hof tagende öffentliche Versammlung der Fabrik- und Hilfsarbeiter erkläre in dem Verhalten der Direktion der Schlauchfabrik eine Verletzung des Koalitionsrechtes. Sie hoffe, daß die Direktion auch ihren Arbeitern das jedem deutschen Staatsbürger nach dem § 152 der Gewerbeordnung zustehende Recht anerkennt, sofern bei ihren Arbeitern das Koalitionsrecht nicht nur auf dem Papier steht.“ Weiter wurde ein Antrag einstimmig angenommen, wonach eine dreigliedrige Kommission eine Unterhandlung mit dieser Firma anknüpfen soll.

Wiesbaden. Sonnabend, den 3. Februar, tagte im Lokale des Herrn Schröder unsere Mitgliederversammlung. Die vorgelegte Abrechnung fand Zustimmung. Der Bericht vom Gewerkschaftskartell wermert die Einrichtung einer Bibliothek auf Kosten des Kartells. Auch dagegen hat die Versammlung nichts einzuwenden. Der Kollege Wark wird als Ersatz für den ausgeschiedenen Hilfskassier Hartkopf gewählt. Dem Schluß bildet die Annahme eines Antrages, am 17. März ein Vergnügen abzuhalten.

Scherlottenburg. Am 13. Februar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung in der Gambiras-Bräuerei, welche sehr gut besucht war. Herr Dr. Kijemeyer hielt einen sehr lehrreichen und interessanten Vortrag über: „Süd-Europa seit hundert Jahren“. Redner führte in einem zweiundzwanzigsten Referate die Epochen- und Gewogenheiten der verschiedenen Völker von den höchsten Stufen bis zum Lumpenproletariat vor Augen, indem er hauptsächlich das Königreich Spanien einer eingehenden Kritik unterzog, die Regierung Ferdinand VII. an verschiedenen Beispielen erläuterte und ansführte, wie hauptsächlich Gefahren wegen politischer Bergehen den schwersten Grausamkeiten ausgelegt waren. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Die Versammlung ehrte dann das Andenken des vor 300 Jahren verbrannten Giordano Bruno durch Erheben vor den Eichen.

Darmstadt. Am 28. Januar tagte hier im Lokale von J. Durm eine öffentliche Versammlung. Kollege Adelung aus Mainz referierte über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. In knappen Zügen entwarf der Redner ein Bild von den Vorteilen, welche eine starke Organisation den Arbeitern bietet und ließ seine trefflichen Ausführungen ausklingen in einem warmen Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, um mit vereinten Kräften für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten. 20 Kollegen traten hierauf dem Verband bei. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen J. Wolff, Hoch und Ulrich vorgeschlagen. Genosse Durm, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, richtete hierauf an die Versammlung noch einige feherzigenswerte Worte, und nach einem Schlusswort des Referenten endete die Versammlung. Möge es auch dieser neuen Zählstelle gelingen, immer neue Kämpfer in unsere Reihen zu führen, eingedenk der Parole: „Alle für Einen und Einer für Alle!“

Dessau. Versammlung vom 5. Februar. Dieselbe erfreute sich früheren Versammlungen gegenüber eines verhältnismäßig guten Besuchs. Der Schriftführer, Kollege Köhler, verlas das Protokoll der vorigen Versammlung, aus welchem besonders der Ausschluß des Mitgliedes Berndt wegen Unterfertigung hervorgehoben wurde. Der Kassierer Kollege Prielke erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal 1899, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 633,16 M. bilanziert. Kollege Trenkorf erstattete Bericht von Goswig in Anhalt, nach welcher Stadt er in seiner Eigenschaft als Gauvorsitzer zur Prüfung der Verhältnisse geschickt war. Der Bevollmächtigte Kollege Heinrich erstattete Bericht von einer in Maguhn abgehaltenen Besprechung von Mitgliedern der dortigen Zählstelle. Derselbe sprach sich sehr befriedigend über den Verlauf derselben aus, und knüpfte hieran die Hoffnung, daß die dortige Zählstelle sich durch regelmäßiges Abhalten von Versammlungen noch sehr gut weiter entwickeln werde, zählte sie doch bereits jetzt schon 55 Mitglieder. Weiter wies der Vorsitzende auf einen ausliegenden Prospekt der Buchhandlung „Vormärts“ hin und geißelte in kurzen Worten die Verachtung, welche gerade von den Arbeitern, und speziell deren Frauen, den literarischen Erzeugnissen der Partei und Gewerkschaften entgegengebracht wurde. Seine Ausführungen gipfelten darin, hinaus mit der Schundschrift aus den Wohnungen der Arbeiter, und hinein mit der gesunden Lektüre, einer wirklich belehrenden, den Geist bildenden Kost. Kollege Köhne erstattete den Kartellbericht, aus welchem besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß bei der Verpflegung unserer organisierten Kollegen während der Weihnachtstage auf Kosten der Dessauer Gewerkschaften auf unsere Gewerkschaft rund 15 M. entfallen zur Deckung der Kosten. Kollege Heinrich erstattete Bericht von der in Leipzig am 21. und 22. Januar stattfindenden Konferenz der Arbeitnehmerschlichter der Gewerbegebiete Deutschlands. Er erstattete die Notwendigkeit der Konferenz und führte den Anwesenden die Paragrafen des Bürgerlichen Gesetzbuches an, nach welchen der Arbeiter seit dem 1. Januar bei Streitigkeiten über Lohn und Arbeitsverhältnisse sein Recht zu suchen habe. Betreffs des schon oben erwähnten ausgeschlossenen Mitgliedes Berndt wurde von der Versammlung einstimmig beschloffen, denselben nochmals auf die Verpflichtungen der Zählstelle gegenüber hinzuweisen und bei eventueller Verweigerung der Bezahlung ihn

mit Zustimmung des Hauptvorstandes der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Ellenburg. Am 28. Januar tagte im „Bergeller“ unsere Mitglieder-Versammlung, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Nachdem die Abrechnung vom 4. Quartal für richtig befunden und der Kassierer durch Antrag der Revisoren Decharge erteilt worden, gab der 1. Bevollmächtigte, Kollege Trautner, den Jahresbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 65 Mitglieder eintraten, während 22 austraten, so daß ein Mitgliederbestand von 43 aufzuweisen ist. Im Marken wurden verkauft 1061 à 15 Pfg., 140 à 7 1/2 Pfg. und 192 für den Streifonds. An die Verbandskasse wurden abgeandt 137,60 Mk., für den Streifonds 9,60 Mk. Versammlungen wurden 19, darunter 4 öffentliche, Vorstandsitzungen 11, abgehalten. Korrespondenz: Briefe und Karten eingegangen 23, abgegangen 27. Der Bestand der Lokalkasse beträgt zur Zeit 16,84 Mk. Kollege Trautner kam dann auf die entfaltete Agitation zu sprechen und forderte am Schlusse seines Berichtes die Kollegen auf, fleißig die Versammlungen zu besuchen und überall, wo sich die Gelegenheit bietet, für unseren Verband zu agitieren und so unserer Zahlstelle neue Mitglieder zuzuführen. Daraus wurden die Bevollmächtigten vorgeschlagen und zwar als 1. Kollege Trautner, als 2. Kollege Wendt und als 3. Kollege von Langen. Als Revisoren kamen die Kollegen Dornbusch, Großstück und die Kollegin Klöpff in Vorschlag. Als Hilfskassierer wurde Kollege Gahl gewählt. Bei der hierauf stattfindenden Wahl eines Delegierten zur Konferenz der Fabrikarbeiter, welche am 25. Februar in Dresden tagt, wurde Kollege Trautner gewählt. Es wurden ihm aus der Lokalkasse 10 Mk. bewilligt. Die vom Kollegen Trautner gestellten Anträge zur Konferenz betr. Agitation wurden von der Versammlung angenommen und der Konferenz zur Annahme empfohlen. An den Debatten beteiligten sich unsere Kollegen in anerkannter Weise. Der 1. Bevollmächtigte wies noch darauf hin, daß es notwendig sei, bei eintretenden Krankheiten, Unfällen oder Arbeitslosigkeit dem Hilfskassierer zur statischen Verwertung Mitteilung zu machen. Mit dem Wunsche, daß sich unsere Zahlstelle immer mehr und mehr ausbilde, schloß Kollege Trautner die gut besuchte Versammlung.

Fechenheim. Mit Bekriedigung konnten wir vor ungefähr einem Jahre in dem raschen Aufblühen unserer Zahlstelle, nach einem vorübergehenden Rückgang derselben, den zweifellosen Erfolg einer eifrigen Agitation der alten, dem Verbände treue gebliebenen Kollegen verzeichnen. Man konnte auch im Uebrigen, soweit der Besuch der Mitglieder-Versammlungen, bezw. das Interesse an den Verbandsangelegenheiten der einzelnen Kollegen in Frage kommt, recht zufrieden sein. Und wie steht es heute? Die weitere Entwicklung der Zahlstelle hat den Erwartungen, die man auf den schönen Anfang setzen durfte, nicht entprochen. Wenigstens nicht, soweit der Besuch der regelmäßigen Versammlungen in Betracht kommt. Seit der Einführung des Entlassens der ordentlichen Mitglieder in den Wohnungen der Kollegen hat die Theilnahme an den Versammlungen in beachtlichem Maße zugenommen. Alle möglichen Mittel sind versucht worden, um die Mitglieder wieder mehr für die regelmäßigen Zusammenkünfte zu interessieren. Die meisten Kollegen glauben mit der Entrichtung der Beiträge ihrer Pflicht genügt zu haben; daß dies allein aber nicht genügt, ist im „Proletarier“ wiederholt erläutert worden. Die neu gewonnenen Mitglieder müssen sich über den Nutzen und Zweck der Gewerkschaften zu unterrichten und ihr Wissen zu erweitern suchen. Hierzu wird ihnen neben der Lektüre des Verbandsorgans in den Versammlungen reichlich Gelegenheit gegeben. Diese Gelegenheit wahr zu nehmen, ist unerlässliche Pflicht der Mitglieder und garantiert am ersten eine gedeihliche Weiterentwicklung der Zahlstelle, sowie eine zuverlässige Kampferfähigkeit. Möchten diese Zeilen dazu beitragen, in den Mitgliedern wieder das erforderliche Maß von Interesse an den Versammlungen wachzurufen und der „Ehrenamt“ Eingang zu verschaffen, daß der jetzt von der Mehrzahl der hiesigen Mitglieder betretene Weg nicht zum erwünschten Ziel führen kann, vielmehr den unabwendbaren Verfall unserer Organisation herbeiführen muß.

Hamburg. Der für die am 20. Januar tagende Mitglieder-Versammlung angefertigte Vortrag über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ mußte ausfallen, weil kein Referent erschienen war. Dünninghaus verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1899, welche in der Summe von 423 Mk. bilanziert. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 313, davon waren 125 weibliche Mitglieder. Den Kartellbericht erstattete Kollege Bahlke. Dann machte Dünninghaus auf die zum 22. Juli 1900 nach Herrn Schwarz in Cranz geplante Dampferfahrt aufmerksam, und hat, recht rege hierfür zu agitieren, damit wir nicht durch ein Defizit unsere Lokalkasse schädigen. Zu Kartelldelegierten wurden Bahlke und Frau Brüß, als Hilfskassierer Brüning und Saunte gewählt. Hierauf machte Dünninghaus auf das am 3. März bei Horn, Sohe Bleichen, stattfindende Wintervergügen aufmerksam und bat um rege Theilnahme. Kollege Ahrens verlas sodann ein ihm vom Verband der Barbier- und Friseurgehilfen zugesandtes Schreiben, worin aufgefordert wird, nur die Barbier zu besuchen, welche organisierte Gehilfen beschäftigen. Auf Antrag des Kollegen Ahrens wurde beschlossen, mit der Gründung eines Unterstützungsfonds so lange zu warten, bis die Urabstimmung eine Entscheidung über das Arbeitersekretariat gebracht habe. Nachdem Kollege Kuhl den 1. Bevollmächtigten aufgefordert hatte, energisch dafür einzutreten, daß uns der Referent nächstens nicht wieder so schmächtig im Stiche fällt, wie dieses Mal, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Hamburg. In der Mitglieder-Versammlung am 30. Januar referierte Kaufstetter (Hamburg) über „Persönliche Freiheit und die Organisation“. Redner legte den Begriff „persönliche Freiheit“ klar, und war der Meinung, daß eine wirkliche Freiheit in diesem Sinne bei den wenigsten Menschen zu finden sei, da ein jeder Mensch sich den Gesetzen und Bestimmungen unterordnen müsse, die im Kreise seiner Thätigkeit und Niederlassung bestehen. So müsse auch in der Gewerkschaftsorganisation ein jedes Mitglied einen Theil seiner persönlichen Freiheit opfern und sich dem sozialen Pflichtgefühl unterordnen. Beschlässe, die einmal gefaßt seien, müßten auch für jedes Mitglied bindend sein. Terrorismus solle in keiner Organisation herrschen, aber eine gute Ordnung müsse vorhanden sein. In der Versammlung habe Jeder das Recht, seine Ansicht in sachgemäßer Weise zum Ausdruck zu bringen, nachher zu kritisieren und die Beschlässe zu misbilligen, sei keines erlichstigen Mannes Sache. Je mehr der Unternehmer die Gewerkschaftsorganisation bekämpfe und sie dem Arbeiter vereiteln wolle, je fester müsse sich der Arbeiter seiner Organisation anschließen und sie durch Beschäftigung seines Pflichtgefühls kräftigen und zu stärken suchen. Im zweiten Punkt wurde zu den Mitgliedern Stellung genommen, die dem Streifonds in Hannover nichts beiführen. Nach lebhafter Debatte, in der das Verhalten dieser kleinen Minderheit scharf gerügt wurde, beschloß die Versammlung: Die Mitglieder, die sich bis zur nächsten Versammlung nicht bereit erklärt haben, dem § 11 des Streifenreglements Gehör zu leisten, sind von der nächsten Versammlung aus dem Verbände auszuschließen. Nach einem Schlußwort des Bevollmächtigten erfolgte Schluß der stark besuchten Versammlung.

Heilbronn. Am 3. Februar tagte im Gasthaus zur Stadt Frankfurt eine Mitglieder-Versammlung, welche von ca. 15 Mitgliedern besucht war. Auf der Tagesordnung stand v. U. auch Renowal eines 1. Bevollmächtigten, da der bisherige Bevollmächtigte mit der Begründung ablehnte, daß er mit Absichten anderer Organisationen überhäuft sei. Der 2. Bevoll-

mächtigte mußte aus naheliegenden Gründen, aber besser gesagt, weil er in seine Verantwortung kam, seines Amtes entsetzt werden. Die Wahl ergab, daß Kollege Höffel als erster, Kollege Schmarzgen als zweiter Bevollmächtigter in Vorschlag kamen. Wir wollen mit Rücksicht auf den Raummangel unseres Fachblattes auf die eigentliche Tagesordnung nicht näher eingehen, sondern wollen vielmehr unsere Mitglieder auch an dieser Stelle ermahnen, doch endlich einzusehen, daß wenn künftig der Versammlungsbesuch kein besserer wird, die Zahlstelle Heilbronn niemals als wirksames Glied des Verbandes dienen kann.

Heilbronn. Unsere Versammlung tagte Sonntag, den 11. Februar, in der „Volksballe“. Leider hatten sich auch dieses Mal wieder nur wenige Personen eingefunden. Möchten die Mitglieder doch ein größeres Gewicht auf den Besuch der Versammlungen legen. Leider giebt es Mitglieder, die noch rühmend von sich sagen: „Ich bin jahrelang Mitglied, aber zur Versammlung bin ich noch nicht gewesen“. Nicht das Beispiel dieser Mitglieder sollte Nachahmung finden. Unter „Verschiedenes“ stellte Kollege Sch. den Antrag, die Kartelldelegierten zu beauftragen, im Kartell eine Statistik über die Stärke der Organisation und die Zahl der am Orte beschäftigten Arbeiter zu beantragen. Zum Schluß forderten die Hilfskassierer auf, die Statistikbogen genau auszufüllen.

Kolberg. In unserer letzten Mitglieder-Versammlung konnten wir wieder einige Mitglieder dem Verbände zuführen. Zum 2. Punkte wurden 6 Mitglieder in die Lohnkommission gewählt. Ferner wurde beschlossen, den Arbeitgebern am Orte den Lohnstarb, der am 1. April in Kraft treten sollte, jezt gleich, zum Zwecke der Erklärung bis zum 20. Februar, zu unterbreiten, weil einige Kollegen der Meinung waren, daß die Mehrforderung für die Arbeitgeber bei Abschließung der Bauverträge mit den Bauherren doch etwas ins Gewicht fallen würde. Nachdem noch bestimmt worden, den Antrag Beschaffung einer Fahne auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen, wurde noch angeregt, bei künftigen Mitglieder-Versammlungen je einen Abfah des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verlesen und soweit angängig zu erläutern.

Lübeck. Am 6. Februar tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die sich eines guten Besuches erfreute und in der 58 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1899 ergab eine Einnahme von 1759,35 Mk. Für den Streifonds sind eingegangen 131,50 Mk. Am Schlusse des Quartals waren 984 Mitglieder zu verzeichnen. Die Einnahme für den Reservefonds betrug mit dem Bestand vom vorigen Quartal 1308,05 Mk. Die Ausgabe betrug 268,50 Mk., bleibt ein Bestand von 1039,55 Mk. Dann entspann sich eine längere Debatte über die von den Metallarbeitern zum Frühjahr geplante Lohnbewegung. Dann wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. Obgleich den Arbeitern 10 Pfg. per Wagen versprochen sei, hätten sie nur 9 1/2 Pfg. ausgezahlt erhalten. Die Ansicht einiger Kollegen, in partelle Streiks einzutreten am Kanal, wurde entschieden zurückgewiesen, da noch zu viele unorganisiert seien, trotzdem unsere Organisation und der Bauarbeiterverband seit 1896 alles Mögliche gethan hätten, die Leute zu organisieren. Hierauf wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Mainz. Am 28. Januar tagte im Saale des Herrn Schwilling unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorstand erstattete den Jahresbericht. (Das Wichtigste aus dem Bericht von der Generalversammlung haben wir schon in voriger Nummer im Bericht über die Konferenz in Schöft gebracht. V. U.) Um den Mitgliedern in den Tagen der Noth eine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, wurde beschlossen, eine Sterbefälle einzuführen mit unzulänglichem Erbe; dieselbe tritt in nächster Zeit in Funktion. Verschiedene Mißstände konnten durch die Organisation abgefaßt werden, und einige Unternehmer ließen sich zu kleineren Zugeständnissen herbei. Mögen diese Erfolge allen der Organisation noch fernstehenden ein Ansporn sein, sich auch in die Reihen ihrer organisierten Kollegen zu stellen, um mitzutreten für die Verbesserung ihrer Lebenslage. Da für das kommende Geschäftsjahr eine sehr günstige Konjunktur in Aussicht steht, so wurde beschlossen, in eine erneute rastlose Agitation einzutreten, um unserem Verbände überall Anhang zu verschaffen und den Organisationsgedanken in die Massen der indifferenten Arbeiterklasse hineinzutragen. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorstände der Dank für seine erfolgreiche Thätigkeit ausgesprochen. Da die Arbeit für drei Vorstandsmitglieder eine zu große ist, so wurde beschlossen, den Vorstand um drei Personen zu verstärken, und wurden folgende Kollegen neu resp. wieder vorgeschlagen: Bernh. Adelung als 1., Emil Stabler als 2. und Karl Lukas als 3. Bevollmächtigter; Joh. Willinger, Adolf Karl und Wilh. Stübenauer als Revisoren.

Mainzheim. Sonntag, den 4. Februar, tagte in der Rheinau eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Klein über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ referierte. In gut gehaltenem Vortrag legte er den Anwesenden klar, daß unsere kapitalistische Produktionsweise naturgemäß die Arbeiter dränge, sich zu organisieren, weil nur durch kräftige Organisationen die Lage der Arbeiter, welche zur Zeit, trotz dem blühenden Geschäftsgange, keine rosige ist, geboben werden könnte. Redner wies nach, daß die Löhne wenn man die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in Betracht zieht, thätigst äußerst niedrig sind. Redner bespricht noch kurz die Löhne der gelernten und ungelernen Arbeiter und kommt zu dem Resultat, daß auf Rheinau die gelernten und ungelernen Arbeiter sich eng zusammenschließen sollten, denn mit dem Lohnunterschied sei es ja doch nicht weit her. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, welche sich theilweise gegen den Lokaltwirth Gassert wandten, der in letzter Stunde sein Wort zur Rede nehmen wollte; nur dem energischen Vorgehen einiger Kollegen war es zu danken, daß derselbe sein Lokal, welches uns schon seit 14 Tagen zugesagt war, zu dieser Versammlung hergab. Es scheint auf Rheinau eine vollständige organisierte Saal- resp. Lokaltreiberei zu bestehen, denn es ist uns unmöglich ein Lokal aufzutreiben, und haben wir eins gefunden, so wird uns dasselbe kurz vor der Versammlung abgejagt. — Es ließen sich 12 Mitglieder aufnehmen, so daß wir jetzt in der Rheinau 20 Mitglieder haben. Arbeiter in Rheinau und Umgebung, sorgt dafür, daß die Herren Gastwirths Euren Verbänden, welche die Hebung Eurer wirtschaftlichen Lage erstreben, in Zukunft bereitwilliger und freundlicher entgegen kommen und schließt Euch alle der Organisation an.

Neckar-Rheinau. Sonntag, den 11. Februar, tagte die erste Versammlung der Mitglieder in Rheinau. In Ermangelung eines Lokales mußte dieselbe in der Wohnung unseres Kollegen Brent abgehalten werden. Die bisherigen Bemühungen einen Wirth zu veranlassen, uns ein Lokal zur Verfügung zu stellen, waren erfolglos. Es wurde nun folgender Antrag angenommen: Die heutige Versammlung beschließt, vorderhand davon abzusehen, um ein Lokal zu bekommen bettelnd von Thüre zu Thüre zu gehen, sondern es wird zur Abhaltung der Mitglieder-Versammlungen ein Zimmer in einem Privathause gemiethet. Kollege Brent erklärt sich bereit, uns ein Zimmer seiner Wohnung bis auf Weiteres zur Verfügung zu stellen. Darauf wird folgender Antrag angenommen: In Erwägung, daß es mit unseren Bestrebungen nicht vereinbar ist, daß wir die Arbeit, welche Kollegen Brent durch Aus- und Einräumen des Zimmers entsetzt, ebenso durch Verunreinigungen desselben, umsonst verlangen, wenden sich die Mitglieder Rheinaus an die nächste Lomb. Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Mannheim, dieselbe wolle einen billigen Betrag festsetzen, welcher als Miethpreis, eventuell als Entschädigung für die unserem Kollegen erwachsende Arbeit gilt. Der Vorstand ist von dem Stand der Dinge zu be-

nachrichtigen, da den zu bezahlenden Preis die Hauptkasse tragen soll. Im weiteren Verlauf wird beschlossen, mit der Gründung einer Zahlstelle bis 1. April zu warten und vorläufig den Anstich an die Zahlstelle Mannheim beizubehalten. Zur Leitung der Geschäfte werden 3 Personen gewählt. Darauf wurde das Verhalten des Gastwirths Gassert wegen Abgabe seines Lokales zu einer öffentlichen Versammlung einer scharfen Kritik unterzogen. Derselbe hatte sein Lokal zugesagt, jedoch zwei Tage vor der Versammlung wandte er sich an den Referenten, Genossen Klein, er bräuche nicht zu kommen, da im fraglichen Tage der Steatographische Verein eine Versammlung abhalte. Es stellte sich aber heraus, daß der Steatographische Verein gar keine Versammlung abhielt. Da unsere Kollegen aber erschienen waren, wurde trotz der sauren Mine des Herrn Wirths die Versammlung abgehalten.

Or. Otterleben. Hier tagte am 28. Januar unsere Mitglieder-Versammlung, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde genehmigt. Dann gab der 1. Bevollmächtigte, Göde, eine Uebersicht über die Thätigkeit in unserer Zahlstelle im Jahre 1899. Beim 3. Punkt, welcher sich mit den Arbeitsverhältnissen am hiesigen Orte beschäftigte, wurde festgestellt, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter sehr lange Arbeitszeit und ungenügenden Lohn haben. Auch an sonstigen Arbeitsverhältnissen, wie z. B. das abwechselnde Schlafen im Stalle und Arbeiten an den Sonntagen, fehlt es nicht. Besonders wurde es in der hierüber geführten Debatte von jedem Redner als unwürdig und jeder Menschlichkeit Hohn sprechend bezeichnet, wenn ein verheiratheter Arbeiter nach gethaner Arbeit die Nacht über im Stalle schlafen muß, während Frau und Kinder sich selbst überlassen sind. Auch der Ruhestuhl der Betten läßt viel zu wünschen übrig. Es wurde beantragt und beschlossen, eine Abhilfe der letzten beiden Uebelstände herbeizuführen. Nachdem noch mehrere örtliche Verbandsangelegenheiten erledigt und der 1. Bevollmächtigte darauf hingewiesen hatte, daß jeder Anwesende für einen zahlreicheren Versammlungsbesuch sorgen müsse, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Ohlsdorf. Am 18. Januar hielten wir unsere erste Mitglieder-Versammlung ab. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen J. Finner, H. Voigt und H. Freitag vorgeschlagen. Zu Revisoren wurden bestimmt die Kollegen Janzen, H. Warnede und L. Labusinski. Für das nördliche Warmbeck wurde der Kollege J. Saubert, für Ohlsdorf und Umgebung die Kollegen J. Malinke und H. Wante als Hilfskassierer gewählt. Alsdann ersuchte Kollege Finner die anwesenden Kollegen, dahin zu agitieren, daß die uns noch fernstehenden Friedhofarbeiter sich unserer Organisation anschließen. Die Befürchtung wegen Maßregelung sei unbegründet, da erst vor Kurzem sich gewissermaßen auf Anrathen eines Bürgerchafts-Abgeordneten in Hamburg ein Verein gegründet habe unter dem Namen „Verein der nicht fest angestellten Beamten bei den Verwaltungsbehörden und Gerichten“. — Hierauf wurde beschlossen, daß unsere Mitglieder-Versammlungen jeden zweiten Donnerstag im Monat bei Schwenn in Ohlsdorf abgehalten werden. Nachdem Kollege Finner noch ersucht hatte, diese Versammlungen immer recht zahlreich zu besuchen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Ottensen. Nachdem die Zahlstelle Altona sich separat hat, beschloß eine am 1. Februar tagende Versammlung die Gründung einer Zahlstelle für Ottensen. In einer sich anschließenden Mitglieder-Versammlung wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Die Anschaffung einer Gewerbeordnung wurde beschlossen. Die Versammlung ging unter der Aufsicht der des gewählten 1. Bevollmächtigten auseinander, für den Fortbestand der neu gegründeten Zahlstelle die größte Thätigkeit zu entfalten.

Podewisch. Am 4. Februar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Schneider aus Sietkin referierte über: „Die Interessen der organisierten Arbeiter“. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referate fragte Kollege Brunke an, wie es mit der Verlegung des Sitzes für den Gauvorstand sei. Der 1. Bevollmächtigte bemerkte, daß der Vorstand sich darüber noch nicht geäußert habe und daß jedenfalls der nächste Verbandsstag die Sache regeln werde. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten der fernstehenden Kollegen getadelt, diese klagen immer und jammern über ihre Nothlage, den Weg zu uns können sie aber nicht finden.

Wismar. Am 18. Januar tagte in Voigt's „Blumengarten“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Die vorgesezte Abrechnung vom 4. Quartal wurde von den Revisoren für richtig erklärt und dem 2. Bevollmächtigten Entlassung erteilt. Kollege Friede wurde als Gaubeauftragter gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, daß Kollegen, die 3 Tage in der Woche arbeiten, auch ihre Beiträge bezahlen müssen. Für die Kommission für Aufhebung von Mißständen auf Bauten wurden zur Deckung der Kosten 5 Pfg. pro Quartal und Kopf bewilligt. Als drittes Kommissionsmitglied wurde auf die Dauer der Verhandlungen mit den Arbeitgebern Kollege Krause gewählt. Ferner wurde eine Erhöhung der Beiträge für den örtlichen Streifonds für die Zeit vom 1. März bis 31. Dezember bewilligt.

Am 1. Februar tagte eine Mitglieder-Versammlung. Es wurde folgende Resolution eingebracht: „Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Hauptvorstand nicht seine Einwilligung zur Abhaltung einer Konferenz im Gau 7 giebt. Die Versammlung beschließt ferner, die Prognose, die an den Gau zu entrichten sind, nicht eher zu bezahlen, bis eine Gaukonferenz stattgefunden hat, und hiervon hat dann der Hauptvorstand die Delegierten zu bezahlen. Ferner, die 5 Pfennig nicht eher zu bezahlen, bis sich die anderen Zahlstellen zum Bezahlen bereit erklärt haben.“ Ferner beschloß die Versammlung, den Hauptvorstand zu bewegen, daß der Gauvorstand Schumann seines Amtes zu entsagen ist, da er nicht gewillt ist, mit den Provinzen Ost- und Westpreußen und Pommern zu arbeiten. Ferner sei in der Provinz Brandenburg ein Gau zu schaffen.

Wismar. Am 23. Januar tagte unsere Versammlung und nahm den Bericht des 2. Bevollmächtigten entgegen. Die Einnahme und Ausgabe bilanziert mit 100,70 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 65. Die Revisoren berichteten, daß sich Alles in bester Ordnung befindet. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlassung erteilt. Dann wurde mit der Vorlesung aus: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“, von Ad. Hoffmann, begonnen. Unter Verbandsangelegenheiten verlas Kollege Sennewitz folgenden Brief: „Ich theile Ihnen hierdurch mit, daß ich vom 11. September 1899 bis 21. Januar 1. J. bei S. Knebel, Schlächtermeister, Leisingstraße 24, in Arbeit, Roth und Logis gewesen bin. Ich berief zum 21. Januar eine öffentliche Schlächterversammlung nach Lautner ein. Dies erfuhr mein Meister und entließ mich derselbe mit der Bemerkung, ich sei zu schwach und könne nicht schnell genug arbeiten. In der Woche vom 1. bis 7. Januar habe ich ein Hundert und drei zehnen Stunden gearbeitet. In der Zeit vom 8. bis 21. Januar war meine Arbeitszeit nicht länger. Der Arbeitsraum liegt frei und ist nicht heizbar.“

Wismar. In unserer am 7. Februar abgehaltenen Mitglieder-Versammlung hielt die Kollegin Frau Zeiß einen Vortrag über Heinrich Heine. Möller erstattete den Kartellbericht. An der Abstimmung über die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Hamburg beteiligten sich 359 Mitglieder unserer Zahlstelle. Es stimmten für Frage 1 mit Ja 346, mit Nein 8, für Frage 2 mit Ja 342, mit Nein 12, ungültig waren 5 Stimmen. Die gemeinschaftliche Abhaltung des 10 jährigen Stiftungsfestes für alle Hamburger Zahlstellen wurde mit 288 gegen 12 Stimmen beschlossen, dasselbe findet am 1. September 1900 bei Schwaff statt.

Sonneborn. Die hiesigen landwirtschaftlichen Arbeiter haben einen Arbeitsvertrag ausgearbeitet und ihren Arbeitern in einem gedruckt Formulare zum Unterzeichnen aufgestellt. Der Vertrag soll auf die Dauer des Erntejahres 1900 gelten. In Bezug auf die Löhne (1 Mt. und 1,20 Mt. für Männer und 80 Pf. und 90 Pf. für Frauen) hält sich der Vertrag am alten, nur die Akkordlöhne sind etwas geringer festgesetzt, dagegen enthält der Vertrag zwei Paragraphen, die es verdienen, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Hier sind sie:

§ 14.

Die Arbeiter verpflichten sich, für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses der Gewerkschaft nicht beizutreten, oder falls sie schon dazu gehören, sofort auszuscheiden, widrigenfalls der § 11 (Entlassung mit Verlust der Ernte und der Pflanzung gegen eine Entschädigung von 8 bzw. 10 Mt.) auch hier Anwendung findet.

§ 15.

Derjenige Arbeiter, welcher ohne gesetzlichen Grund das Arbeitsverhältnis eigenmächtig löst oder gegen den § 14 verstößt, verfällt einer Konventionalstrafe von Einhundert Mark, außer den sonstigen Folgen.

Die Herren von Sonneborn sind offenbar bei König Stamm in die Lehre gegangen, denn das sind ganz die Prositen, die dieser unumschränkte Herr von Saarbaben ausübt. Also die Arbeiter dürfen ihrer Gewerkschaft nicht angehören, widrigenfalls sie steuern, so distanzieren die Herren von Sonneborn, und damit nicht genug, auch noch 100 Mt. Geldstrafe in die Tasche desjenigen, der sich nicht fügt. Man muß gestehen, die Herren machen keine halbe Arbeit, sondern gehen gleich aufs Ganze. Sie müssen sich sehr sicher fühlen in ihrem Sonneborner Reich, daß sie es wagen, ihren Arbeitern so etwas zu bieten. Worauf sie pochen ist klar: erstens auf die wirtschaftliche Abhängigkeit ihrer Leute und zweitens auf den ewigen Erfolg durch die Polen. Es kann aber auch sein, daß die Herren sich verrechnen. Uebrigens verstößt ein Vertrag, der die Koalitionsfreiheit beschränkt, gegen das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch und ist daher nichtig.

Stettin. Sonnabend, den 27. Januar, hielten wir eine außerordentliche Versammlung ab. Nach Vorlegung der Abrechnung legte der zweite Bevollmächtigte den Mitgliedern nahe, daß die Einstellung eines Kassaführers erforderlich sei, wenn die Beiträge besser eingehen sollten. Darauf wurde Kollege Müller vorgeschlagen und ihm eine Entschädigung von 2 Mt. für das Vierteljahr bewilligt. Dem zweiten Bevollmächtigten wurden 5 Prozent bewilligt. Der Ausschluß dreier Mitglieder wurde beschloffen. Dann wurde vorgebracht, daß der Bauernführer Fuchs die Mitglieder M. und B. entlassen habe, ihre Wiederentstellung mit der Begründung abgelehnt habe, er beschäufte Verbandsbrüder überhaupt nicht mehr. Den Gemächregeln wird Unterstützung zugesagt.

Stettin. Sonntag, den 21. Januar, hielt die Zahlstelle eine außerordentliche Versammlung im Lokale des Herrn G. Behr, Reamersdorf, ab. Zunächst wurde die Frage erörtert, wer die neuen drei, welche die letzte öffentliche Versammlung bewilligt hat. Kollege Schneider empfiehlt, die Kosten aus der Kasse zu decken. Das Verbot eines Kollegen um Unterstützung wurde der Kommission überwiesen und gleichzeitig beschloffen, daß von jetzt ab alle Gesuche, wenn sie Unterstützung bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit betreffen, an die Kommission übergeben werden. Der Antrag, den Komiteemitgliedern freien Eintritt zu den Vergütungen zu gestatten, wurde abgelehnt. Als Delegierte zum Gewerkschaftsartikel für Stettin wurden die Kollegen Freyer und Jüge gewählt. Alsdann wurde beschloffen, bei Arnsdorf keine Versammlungen mehr abzuhalten und die Verbandskassette abzugeben und bei G. Schmidt unterzubringen. Ein Vertrauensmann wurde nicht gewählt. Das Einberufen öffentlicher Versammlungen wird dem Bevollmächtigten überlassen.

Siedelberg und Umgegend. Am 28. Januar legte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn J. S. Pöster, Siedelberg. Zunächst wurde der Antrag gestellt und angenommen, einen neuen Schriftführer vorzuschlagen, da der alte seiner Pflicht nicht nachgekommen. Es wurde Kollege G. Köhler als 3. Bevollmächtigter vorgeschlagen, und zwar dieser sein Amt selbst an. Zum 2. Punkt erhielt der 2. Bevollmächtigte das Wort und verlas die von den Revisionen geprüfte Abrechnung vom 4. Quartal, welche für richtig erklärt wurde. Am 3. Punkt gab der 1. Bevollmächtigte den Jahresbericht der Zahlstelle. Die Einnahme betrug 366,55 Mt. In den Hauptrechnungen sind 24,44 Mt. für den Streikfonds 28,55 Mt. abgezogen. Die Ausgaben betragen 179,50 Mt., so daß am Ende verblieben 191,55 Mt. Vorausgesetzt sind 113,00 Mt. Am Monat Juni sind Unterstützungen eingeführt, wovon jedes Mitglied 4 Pf. jährlich zu zahlen hat. Die Einnahme hieron betrug 22 Pf. Unterstützungen sind an mehrere Kollegen und auch an die ausgesparten Frauen geleistet worden. Es folgten 19 Abrechnungen, 8 regelmäßige und 2 außerordentliche. In letzteren reichten Geroge A. Kausch-Lübeck und Frau Ziegler-Siedelberg. Die Versammlungen waren durchweg schwach besucht. Am Schlusse des Jahres 1899 hatten wir 41 Mitglieder, eingetretene sind 36, ausgetretene 9, zugewandert 12, abgetreten 9, blieben am Schlusse des Jahres 1899 70 Mitglieder. Unser „Bestandens“ wurde das Mitgliederverzeichnis verlesen, und wurde hierbei der Beschluß wieder aufgeführt: „Der diesmal hinter einander in der Versammlung fehlt, ist nichtig, eine Unterstützungsliste extra zu revidieren; wer sich weigert, muß die Folgen tragen.“ Am Schluß der Versammlung ermahnte der 1. Bevollmächtigte die Kollegen, die Zahlstellenrechnung recht zehrig zu befragen und sich für unseren Bestand zu engagieren, damit wir einig bleiben.

Wittenborn. Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung tags am Sonntag, den 8. Februar, im Lokale des Herrn Schö. Der Vorstand des hiesigen Orts. Beide wurde in ständiger Weise geleitet. Kollege J. Schöke hielt ein interessantes Wort über Rechte und Pflichten der Mitglieder. Redner führte aus, daß man bei Abwicklung eines Kontrakts vorläufig in Ruhe gehen müsse, um nicht von dem Hauptkontrakt übersehen zu werden. Als Beisetzungsmitglieder wurden die Kollegen J. Schöke und H. Schmidt gewählt. Für ein Sommerfest wurde am 12. August im Lokale des Herrn Schöke in Wittenborn. Zur Jubiläumfeier vorgeschlagen und von der Versammlung angenommen. Der 1. Bevollmächtigte theilt mit, daß das gewerkschaftliche Unterstützungsfonds am 1. September im Lokale des Herrn Schöke, Knechtstraße, passanden. Auch wurde dem hiesigen unterbreitet, daß die Gründung einer freien Arbeiter-Unterstützungskasse in Wittenborn schon längst sei. Der Herr Schöke wurde dem Mitglieder in nächster Zeit persönlich zum Schluß gegeben, wodurch die im vorigen Jahre angekündigten Jubiläumsspiele festgestellt werden sollen. Am Schluß die Vorarbeiten für die Sache machen zu können. Die Sache hat einen angenehmen Verlauf.

Wittenborn. Am 10. Februar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der 1. Bevollmächtigte referierte über den Verbandsvertrag in Österreich und die Verhältnisse auf den hiesigen Arbeitsplätzen, speziell das System der Arbeitsregulierung auf den hiesigen Fabriken für Eisenstein. Besonders die Regelung der Arbeiterzeiten durch die Arbeiter wurde einen hohen Anteil unterzogen. Leider fehlt die Höhezahl der Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Reiches der Organisation fern. Nur durch Aufhebung der Höhe zu schaffen. Nach Besprechung jährlicher Reue konnte die Jubiläumsspiele beschlossen werden. — Hieran gab der Kollege Kettner den Bescheid bekannt und bemerkte, daß das Artikel eine

Statistik veranstalte über die Anzahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und die Zahl der organisierten Arbeiter. Die Kollegen wurden beauftragt, die Zahl der auf ihren Arbeitsplätzen beschäftigten Mitarbeiter festzustellen.

Zülchow. Am Sonntag, den 4. Februar, tagte bei Herrn Bilik in Bredow unsere Mitglieder-Versammlung, in welcher Genosse Janisch aus Grabow einen Vortrag hielt über: „Zweck und Nutzen der Organisation und das Koalitionsrecht“. Redner führte den Anwesenden in klaren Worten vor Augen, daß nur durch festes Zusammenhalten aller die Lage der Arbeiter verbessert werden kann, und führte an, daß schon die Arbeiter im Mittelalter die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt hätten. Obgleich die damaligen Handwerksgehilfen noch nicht so große Bewegungsfreiheit genossen wie die heutigen Arbeiter, konnten sie den Kampf für ihre Interessen doch wirksam führen. Heute werde jeder Schritt, jeder Verstoß kämpfender Arbeiter gegen die Strafbestimmungen empfindlich geahndet. Das ablehnende Verhalten der Direktion des Vulkan wurde einer Kritik unterzogen, und wurde vom Referenten mit Recht angeführt, daß dieses Verhalten nur auf die Schwäche der Arbeiterorganisation am Orte zurückzuführen sei. Die Anwesenden wurden noch aufgefordert, in jeder Hinsicht für die Organisation zu agitieren und es nicht bei dem Beitragbezahlen allein bewenden zu lassen. Reichlich Beifall wurde ihm am Schluß seiner trefflichen Ausführungen zu Theil. Wegen Einführung einer Unterstützungskasse wurde, weil noch viele Kollegen dagegen waren, beschloffen, bis zur nächsten Versammlung Unterschriften zu sammeln. Dem 2. Bevollmächtigten ward die Anschaffung einer Kasse bewilligt. Der 1. Bevollmächtigteste theilt mit, daß unsere Organisation sich der Gewerkschaft der Gewerkschaftler in ganz besonderer Weise zu erfreuen habe, und forderte die Kollegen auf, den Kampf mit diesen Herren aufzunehmen.

Zülchow. Die Arbeiter des „Vulkan“ zu Stettin sichten seit Wochen mit der Betriebsleitung zwecks Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse in Unterhandlung. Am 21. Januar nahmen vier große Versammlungen Bericht über das Resultat der Verhandlungen entgegen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heute in vier Versammlungen gleichzeitig tagenden Arbeiter protestiren 1. gegen die Abweisung der am 4. Dezember v. J. an die Direktion eingereichten Forderungen; 2. gegen die Art und Weise, wie die Verhandlungen durch die Direktion mit den Arbeitern gepflogen wurden; 3. gegen die Unterstellung, daß die Forderungen durch Heber, welche außerhalb des Werkes stehen, den Arbeitern aufgezwungen seien. Die Arbeiter erklären, ihre Forderungen in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, da dieselben bei einigermaßen gutem Willen sehr wohl zu erfüllen sind, und eruchen die Direktion, nochmals Unterhandlungen anzuknüpfen zu wollen. Hierbei wird das Verlangen gestellt, daß die Personen, welche zu den Verhandlungen hinzugezogen werden, aus der freien und geheimen Wahl der Arbeiter hervorgehen.“ Diese Resolution wurde der Direktion des „Vulkan“ zugesandt, worauf am Montag, den 5. Februar, nochmals Unterhandlungen stattfanden. Die Direktion hielt die Behauptung aufrecht, daß die Führer der Gewerkschaften als Heber und Aufwiegler zu betrachten seien. Die Direktion machte kleine Zugeständnisse bei Erhöhung der einzelnen Akkordsätze. Ferner wurde noch denjenigen Arbeitern ein Lohnzuschlag bewilligt, die während eines Jahres keinen solchen erhalten haben. Es wurde von der Kommission der Direktion mitgetheilt, daß fortwährend vom Akkord abgezogen werde; die Direktion wolle hiervon nichts wissen, erklärte aber, daß von den bestehenden Akkordhöhen nichts abgezogen werden solle. Alsdann theilte die Kommission der Direktion mit, daß die Arbeiter ihres Werkes die 10stündige Arbeitszeit haben wollten; die Direktion war der Meinung, daß die Arbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit nicht geliefert werden können. — Am 13. Februar fand alsdann wieder eine Unterhandlung statt, in welcher die Direktion der Kommission mittheilte, daß sie die Forderungen untersucht habe und zu dem Entschluß gekommen sei, den Arbeitern, die in diesem Jahre noch keine Lohnzulage erhalten haben, eine Lohnzulage von zwei Pfennigen pro Stunde, und den Arbeitern, die eine Lohnzulage erhalten haben, nur einen Pfennig pro Stunde zu bewilligen; die bestehenden Akkordhöhen sollen nicht herabgesetzt werden, bei niedrigerem Akkord soll eine Erhöhung eintreten. Die Kommission erklärte sich bis auf Weiteres mit den Zugeständnissen einverstanden.

Bekanntmachung. Der Kollege Fr. Brubne, Linden, ist in einer am Sonntag, den 18. Februar, in Hannover abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses zum Verbandskassierer gewählt worden. Bis zur endgiltigen Uebernahme der Kasse durch Genannten sind Geldsendungen an den Unterzeichneten zu richten. Mit kolleg. Grupp Aug. Brey, Leinstraße 31, III.

Leitung. Seit 6. Februar gingen folgende Beträge ein: Bei Wilhelm: Halle a. S. 529,72 Mt.; Gartha 47,20 Mt. Nach Entzug des Geldboten hat dieser in der Privatwohnung des Kollegen Wilhelm kurz vor dessen Tode noch Geld abgeliefert. Aus welchen Orten und welche Summen, ist noch nicht festgestellt. Die Abnehmer, welche ihre abgegebenen Beträge hier nicht quittirt finden, wollen sofort per eingeschriebenen Brief uns den Beleg einlieferungsweis einreichen, damit wir den Betrag aus Wilhelm's Nachlaß reklamiren können. Die Nachfrage hier auf der Post dürfte, da uns weder Nummer der Leitung noch Ort und Summe bekannt ist, resultatlos sein. Also noch einmal, sofort einreichen. Bei Aug. Brey: Eintrags 28,14 Mt.; Bareil 59,20 Mt.; Bürgel 67,11 Mt.; Renzsch 20 Mt.; Gr.-Liesleben 64,60 Mt.; Mer 64,10 Mt.; Witz, Münden 10 Mt.; Neugebäudeleben 44,81 Mt.; Seimadovj 28 Mt.; durch Kollegen unten aus Deutschen 60,50 Mt.; Greben a. d. L. 11,70 Mt.; Springe 6,60 Mt.; Gießen 63,70 Mt.; Westburen 72,65 Mt. Schluß: Dienstag Mittag 12 Uhr. Verzeichnug: Die in Nr. 3 des „Proletarier“ für Berlin enthaltenen 30 Pf. und 6 Pf. für den Streikfonds sind von der Zahlstelle Hildesf. eingelangt.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Nr. 66 206, Ferdinand Geere, eingekauft am 2. Nov. 1898 zu Halle, wurde ausgelassen. Nr. 3146, auf den Namen der Frau Hänge lautend, eingekauft am 13. Januar 1893, geboren am 22. Januar 1848 in Meelenburg.

Sterbetafel. J. Wilhelm, S.-No. 14, geboren am 22. September 1838, eingetr. am 1. August 1899, gestorben am 12. Februar 1900.

Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover. Verlag von H. Schöberg, Hannover. Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

Rechnungs-Abschluß vom Streik der Former und Giebereiarbeiter der Firma Grupp in Cannstatt.

Einnahmen:	
Von der Hauptkasse insgesamt erhalten	637,25 Mt.
Zuschuß aus der Kasse	75,50 „
Sonstige Einnahmen	1,—
Summa:	713,80 Mt.

Ausgaben:

4. November: Reise-Unterstützung an 2 Kollegen	8,— Mt.
6. „ 1. Woche: Streik-Unterstützung	52,80 „
11. „ 2. „	54,— „
18. „ 3. „	59,50 „
25. „ 4. „	72,75 „
2. Dezember: 5. „	71,25 „
9. „ 6. „	72,— „
16. „ 7. „	49,50 „
23. „ 8. „	49,50 „
30. „ 9. „	49,50 „
5. Jan. 1900: 10. „	51,50 „
13. „ 11. „	49,50 „
20. „ 12. „	44,— „
Zulage an 3 Kollegen für Hausmiete (à 10 Mt.)	30,—
Summa:	713,80 Mt.

Betheiligt waren 8 Kollegen, 2 verheiratet mit zusammen 11 Kindern, 6 ledig. Der Streik dauerte vom 28. Oktober 1899 bis 31. Januar 1900. Die Abrechnung wurde von den Bevollmächtigten revidirt und für richtig befunden. Cannstatt, den 14. Februar 1900. Der Vorst. : Der Kassier: Der Schriftführer: A. Börner. Chr. Hly. Sieger. Die Revisoren: W. Bächle. C. Mott.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen. Altenburg. Karl Köhler, Treppengasse 6. Berlin. Das Reisegeleit für Berlin, Hildesf. und Charlottenburg wird beim Kollegen Funf, Berlin N., Stettinerstraße 26, S. 3. Etage, ausbezahlt. Bremen. Johann Emshoff, Hermannstraße 118. Bürgel. Friedrich Schumann, Straßgasse 31. Seibronn. Joh. Bidel, Zehntgasse 10. Reisegeleit bei Kleindienst, Zehntgasse 24. Lettin. Karl Herning, Schulberg 24. Hüneburg. G. Griebau, Vor dem rothen Thore 70. Reisegeleit bei F. Hartmann, Dflingerstraße 7. Mannheim. Georg Dirsch, 4. Deftarstraße 38.

Briefkasten. E. O., Mannheim. Möglichst genau soll ich die langen Berichte bringen? Wenn Sie sich in Zukunft kürzer fassen und das Papier nicht auf beiden Seiten beschreiben wollen, kann Ihr Wunsch erfüllt werden, sonst — wird getrigen. Fr., Brehf. Den Bericht vom 29. 12. 1899 heute erhalten. Im „Proletarier“ wird er nicht veröffentlicht. Damit Sie aber nicht denken, ich wollte die darin enthaltenen Angriffe gegen mich unterfchlagen, sende ich den Bericht zunächst an den Gauvorstand. Der hat Erhebungen über die gegen mich gerichteten Vorwürfe anzustellen und dann die Sache zur endgiltigen Entscheidung dem Ausschuss zu unterbreiten. H. B.

Inserate. Zahlstelle Lauenburg. Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen von jetzt ab jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Paul Fischer. Nächste Versammlung am Sonnabend, den 3. März. Die Bevollmächtigten. Einzelmitglieder von Tangermünde. Unsere Zahlabende finden zwei Mal im Monat statt, also von jetzt ab am 24. Februar, am 3. und 31. März, am 7. und 28. April, am 5. und 26. Mai u. s. w. — Reise-Unterstützung wird ausbezahlt von Karl Krüger, Breitestr. 8, 1. Et., Abends von 7 bis 8 Uhr. — Verkehrslokal: Restaurant „Kaiserhof“; Wirth: B. Ziegler. [1,20 Mt.]

Deffau. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Montag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr, in Eilenberg's Salon statt. Zur Beachtung! Auf Beschluß des Gewerkschafts-Kartells ist Kollege Heinrich, Stuchelbterstr. 11, 2. Etage, zur Ausführettheit in allen das gewerbliche Arbeitsverhältnis, Krankens-, S. u. w. -tilats- und Altersversicherungswesen betreffenden Fragen beauftragt worden. Sprechstunden: Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 7—9 Uhr. Wir bitten, von dieser Einrichtung den weitgehendsten Gebrauch zu machen. [1,50 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Wilhelmsburg. Unsere Versammlungen tagen jetzt im Rahmann'schen Etablissement (Inhaber S. Sievert) jeden zweiten Dienstag im Monat, Abends 8 Uhr. [75 Pf.]

Zahlstelle Fürstenberg. Sonntag, den 25. Februar, Nachm. 4 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Steinführer. Tagesordnung: 1. Zahlen der Beiträge. 2. Besprechung der Lohnfrage. 3. Verschiedenes. [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Unserem Kollegen Karl Zenge und Frau zu ihrer Hochzeitfeier die herzlichsten Glückwünsche. [1 Mt.] Die Kollegen der Zahlstelle Hohenberg.

Zahlstelle Mothenburgsdort. Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Zaubert, Mothenburgsdort: VII. Stiftungsfest unter gefälliger Mitwirkung des Mothenburgsdorters Quartetts von 1896. Hierzu ladet freundlichst ein [1,35 Mt.] Das Komitee.

Zahlstelle Dienburg. Sonntag, den 18. März, im Gasthof „Zur grünen Tanne“: Stiftungsfest bestehend in Konzert, Theater und Ball. Hierzu sind sämmtliche Kollegen des Gau's 4 eingeladen, insbesondere die Kollegen von Kalbe und Bernburg. [1,35 Mt.] Das Festkomitee.